

Fortsetzung Innenteil

b) Einen skandalösen Beschluss fasste der Rat für die ca. **110 Auszubildende als PTA** (Pharmazeutisch-technische Angestellte) beim **Walter-Bremer-Institut**: Weil das Land 2013 aus der Finanzierung ausgestiegen ist, die Apothekerkammer nur einen lächerlichen Betrag zu zahlen bereit ist und die Stadt keine Kosten mehr übernehmen will, soll der monatliche (!) Ausbildungsbeitrag der Auszubildenden von 340 auf 420 € steigen. 2012 lag er noch bei 210 €. Dieser von der großen Mehrheit beschlossenen Abwälzung der Ausbildungskosten auf die SchülerInnen widersprach Jörn Potthoff entschieden!

TERMINE, TERMINE...

Veranstaltung zur Ehrung:

SOLINGENS AKTIVE des Jahres 2017

Samstag, 07. April um 18 Uhr im Café Courage,
Klemens-Horn-Str. 3

Nächste Ratssitzung:

Donnerstag, 17. Mai ab 17 Uhr

Stammtisch:

Donnerstag, 26. April ab 19 Uhr im Büro von
SOLINGEN AKTIV



JETZT MITGLIED WERDEN

Nazifrei Zusammenschluss
Unabhängig Offen Sprachrohr
100 % ehrenamtlich Miteinander
Solidarisch Montagsaktion
Initiative Stadtrat
Antifaschistisch Aktiv
Wohnortnahe Energie Opposition
Keine Parteibindung
Arbeitsplätze Auf Augenhöhe
Sachorientiert ÖPNV zum Nulltarif
Gleichberechtigung
Vor Ort Interessen der Jugend

Wir sind:

Überparteilich.

Unbestechlich.

International.

Im Netz:

www.solingen-aktiv.de



Wir finanzieren unsere Arbeit
ausschließlich durch Spenden
und Mitgliedsbeiträge.

Spenden an:

IBAN: DE 97 3425 0000 0005 4713 13

Büro von SOLINGEN AKTIV

Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Tel.: 0212 - 22 46 366

Bürozeiten:

Mittwochs 10 Uhr - 16 Uhr oder nach Absprache

Mail: solingen-aktiv@gmx.de

WIR SIND ES WERT!

WARUM WARNSTREIKS IM
ÖFFENTLICHEN DIENST
SINN MACHEN



März 2018

www.solingen-aktiv.de

„Wir sind es wert“

Tarifforderungen von ver.di sind berechtigt!

„Wir leisten gute Arbeit, und dies sollte auch gut bezahlt werden.“ So ein Busfahrer Mitte dieser Woche während des Warnstreiks. **Recht hat er!** Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten unentbehrliche Arbeit, damit unser Alltagsleben gut funktioniert: als ErzieherInnen, als Kranken- und AltenpflegerInnen, als BusfahrerInnen, als Müllwerker, als Angestellte bei der Stadt usw.

In vielen dieser Bereiche ist die Personalsituation äußerst angespannt, weil aus Kostengründen zu wenig qualifiziertes Personal eingestellt wird. Die Fachkräfte können bei diesem Personalmangel nicht



das leisten, was sie eigentlich gerne leisten würden und leisten könnten. Die im Vergleich zu Privatwirtschaft und zum gesellschaftlichen Wert dieser Leistung unzu-

reichende Bezahlung tut ein Übriges, dass zum Beispiel bei Pflegekräften oder ErzieherInnen gar nicht mehr genug Fachkräfte vorhanden sind, um den Bedarf zu decken.

Dazu kommt eine drohende personelle Krisensituation bei der Stadt, weil in den nächsten 10 Jahren ca. 1000 Beschäftigte altershalber aufhören. Neues Personal kann nur gewonnen werden, wenn die Arbeits- und Verdienstbedingungen auch attraktiv sind. Daher ist es auch im Interesse von uns SolingerInnen, dass die insgesamt ca. 5000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst **ein angemessenes Gehalt beziehen und gute Arbeitsbedingungen haben.**

Die öffentliche Hand sollte eigentlich ein eigenes Interesse daran haben, dass ihre Beschäftigten gut bezahlt werden und so attraktive Arbeitsbedingungen bestehen. Nur so können auch neue und jüngere Kräfte für diese wertvolle Arbeit gewonnen werden.

Angeichts gewaltiger Steuermehreinnahmen im vergangenen Jahr wäre es für den öffentlichen Dienst ohne weiteres möglich, diese berechtigten Forderungen zu finanzieren. **Das Geld ist da.** Die Frage ist nur, wie es verteilt wird. Deshalb lehnen wir auch die fast erpresserische Meinung von Stadtkämmerer Weeke ab: Er drohte, bei einer Tarifierhöhung über die schon in den kommunalen Haushalt eingeplanten 2 Prozent hinaus wegen den Zwängen der Haushaltssicherung die kommunalen Steuern erhöhen zu müssen.

Seit wann bestimmen die Stadtverwaltungen bzw. die Stadträte oder die Bezirksregierung über die zulässigen Tarifierhöhungen? Soll die „schwarze Null“ im kommunalen Haushalt wichtiger sein als auskömmliche Verdienste der Beschäftigten?

Zweifellos sind die kommunalen Haushalte durch



die Gemeindefinanzierungsregelung von Bund und Land unterfinanziert. Das muss geändert werden durch einen Altschuldenschnitt und eine auskömmliche Gemeindefinanzreform. Dazu sind die Tarifkämpfe auch ein guter Schritt. „Tariffragen sind Machtfragen - wir haben jedenfalls keine Angst vor einem Streik!“ rief Verdi-Sprecherin Dagmar Paasch bei der Kundgebung am 21. März aus.

Berechtigt! Denn es ist eine Frechheit, dass der VKA (Verband kommunaler Arbeitgeber) bisher in zwei Verhandlungsrunden keinerlei Angebote vorgelegt hat. Darum ist es allein ihre Verantwortung, wenn ver.di jetzt zum Mittel des Warnstreiks greift, um Druck hinter ihre Forderungen zu machen. Geradezu dreist ist die Weigerung der Sparkassen nach Gehaltserhöhungen. So hat die Sparkasse Solingen 2017 wieder einen Gewinn von ca. 4 Millionen eingefahren. Ihre 3 Vorstandsmitglieder bedienen sich mit zusammen knapp 1 Million Gehalt im Jahr. Und da soll für die Beschäftigten keine Lohnerhöhung drin sein?

SOLINGEN AKTIV unterstützt daher als kommunalpolitische Kraft aus vollem Herzen die Tarifforderung der Gewerkschaft Verdi und den Warnstreik dafür:

- Tarifierhöhung um 6 Prozent
- dabei mindestens 200 € vor allem zur Besserstellung der niedrigsten Lohngruppen, die oft nur knapp über dem Existenzminimum und Mindestlohn liegen,
- Erhöhung der Vergütung für Auszubildende und Praktikanten um 100 €
- Ausbildungs- und Praktikantenverhältnisse in Tarifverträge übernehmen
- unbefristete Übernahme der Auszubildenden
- Laufzeit 12 Monate.

Bessere Bedingungen für Auszubildende! Das forderte Ratsmitglied Jörn Potthoff im letzten Stadtrat am 15. März

a) Jörn Potthoff, Ratsmitglied von SOLINGEN AKTIV, forderte in der vorletzten Ratssitzung einen Überblick über die **Ausbildungssituation bei der Stadt**. In der ausführlichen Antwort der Stadt hieß es am Schluss in Bezug auf Pläne zum Rathausanbau: *„Die räumlichen und personellen Rahmenbedingungen werden zudem durch Angebote wie Telearbeit und flexible Arbeitszeiten im Hinblick auf die Ausbildung junger Menschen nicht unbedingt verbessert. Gleiches gilt für die derzeitigen Überlegungen zur Raumplanung, insbesondere die Einrichtung von Coworking-Spaces, die Einrichtung und Vorhaltung von Ausbildungsplätzen eher erschweren.“* Jörn Potthoff wollte daher wissen, wie die Ausbildungsplanung der Stadt unter diesen Bedingungen aussieht. OB Kurzbach sagte zu, dies als Prüfauftrag für den Rathausanbau zu übernehmen.